



# NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Sozialausschusses der Stadt

Landau in der Pfalz

am Mittwoch, 11.12.2019,

Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende:



Anwesenheitsliste

Bündnis 90/Die Grünen

Christian Dawo

Christian Kolain

Dr. Dirk Kratz

Lea Saßnowski

CDU

Susanne Burgdörfer

Lena Dürphold

SPD

Armin Schowalter

CDU

Melanie Simon

SPD

Magdalena Schwarzmüller

Claudia Sieling

FWG

Heike Frey

Pfeffer und Salz

Sabine Leim

Die LINKE

Tobias Schreiner



Bürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron

Schriftführer/in

Jan Marco Scherer

Entschuldigt

AfD

Alfred Haas

FDP

Dr. Elke Wissing

Die LINKE

Lutz Heller

beratendes Mitglied

Verena Kuntz-Hüttmann



## Tagesordnung

### Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Verpflichtung der Ausschussmitglieder
3. Antrag des Beirates für ältere Menschen; Mögliche finanzielle Unterstützung des Projektes "Wohnen für Hilfe"  
Vorlage: 101/491/2019
4. Aktionsplan Stadt Landau in der Pfalz 2020-2024 nach UN-Behindertenrechtskonvention  
Vorlage: 500/048/2019
5. Aufsuchende Sozialarbeit für Wohnungslose Menschen; Sachstand
6. Sozialpädagogische Betreuung der Asylbewerberinnen und Asylbewerber;  
Sachstand
7. Bericht zur sozialen Lage in der Stadt Landau in der Pfalz; Sachstand
8. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)**

Einwohnerfragestunde

Von den anwesenden Einwohnerinnen und Einwohnern wurden keine Fragen gestellt.



## **Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)**

### Verpflichtung der Ausschussmitglieder

Der Vorsitzende verpflichtete die Ausschussmitglieder per Handschlag unter Verweis auf die Regelungen über die Rechte und Pflichten in der Gemeindeordnung.



### Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Antrag des Beirates für ältere Menschen; Mögliche finanzielle Unterstützung des Projektes "Wohnen für Hilfe"

Der Vorsitzende gab eine kurze Einführung zum Antrag des Seniorenbeirates. Er begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt Hans-Jürgen Büssow als Repräsentanten des Seniorenbüros / Ehrenamtsbörse, der den Antrag des Seniorenbeirates ausführlich vorstellte.

Herr Büssow erläuterte das Projekt anhand einer Präsentation, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Er wies insbesondere darauf hin, dass bereits in 80 Städten ein solches Modell bestehen würde. Kern sei es, dass Mieter anstatt eines finanziellen Beitrages, monatlich eine Stunde Hilfe pro gemietetem Quadratmeter leisten würden. Voraussetzung für eine erfolgreiche Durchführung des Projektes sei es, Interessenten zusammenzubringen und für alle Beteiligten einen verlässlichen Rahmen zu schaffen.

Herr Dr. Kratz begrüßte das Projekt grundsätzlich. Er bat um einen Erfahrungsbericht aus bereits laufenden Projekten bezüglich möglicher Konflikte zwischen den Akteuren.

Herr Dawo erkundigte sich, ob die sozialversicherungsrechtlichen Fragen bereits geklärt wurden. Es könnte sich bei der regelmäßigen Hilfeleistung ansonsten evtl. um Schwarzarbeit handeln.

Er wies außerdem darauf hin, dass der Zeitplan sehr eng sei. Insbesondere die Beantragung von Fördermitteln sei immer sehr zeitaufwändig.

Herr Büssow berichtete, dass er bei seinen Gesprächen mit den Projektverantwortlichen bisher nur von sehr wenigen Konflikten gehört habe.

Der Vorsitzende sagte zu die rechtlichen Rahmenbedingungen zu prüfen.

Herr Schowalter befürwortete das Projekt. Er habe bereits viele positive Erfahrungsberichte gehört.

Frau Burgdörfer begrüßte das Projekt ebenfalls. Sie regte an, auch einen verbindlichen Rahmen für die Teilnahme am Projekt zu schaffen. Darüber hinaus müsse auch die Finanzierung gesichert werden.

Frau Frey schloss sich der positiven Bewertung der Vorredner an. Sie regte an das Projekt für andere Gruppen und Altersklassen, zum Beispiel Alleinerziehende, zu öffnen. Sie schlug darüber hinaus eine, zumindest symbolische, Vermittlungsgebühr vor.

Herr Büssow erklärte, dass bereits vorgesehen sei den Nutzerkreis zum Beispiel auf Auszubildende und Alleinerziehende auszudehnen. Auch er war der Meinung, dass die rechtlichen Fragen vor Projektstart geklärt werden müssten, um einen verlässlichen Rahmen zu schaffen. Er sieht dies jedoch als unproblematisch an, da andere Kommunen ja bereits über ausreichende Erfahrungen verfügen würden.

Der Sozialausschuss stimmte diesem Vorschlag einstimmig zu.





Der Vorsitzende schlug vor, dass die Verwaltung Gespräche mit den relevanten Akteuren und Institutionen führen solle mit dem Ziel, eine abgestimmte und umsetzbare Lösung für Landau zu finden.



#### **Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)**

Aktionsplan Stadt Landau in der Pfalz 2020-2024 nach UN-Behindertenrechtskonvention

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage zum Aktionsplan nach der UN-Behindertenrechtskonvention. Er wies insbesondere auf die Entstehung des Aktionsplanes hin und Bedankte sich bei den Mitgliedern der Arbeitsgruppe für die geleistete Arbeit.

Frau Leim wies darauf hin, dass dem Thema „Beratung“ im Aktionsplan mehr Raum eingeräumt werden sollte. Auch fehle das Budget für ein selbstbestimmtes Leben und das BTHG sei ebenfalls nicht erwähnt. Es sei auch dringend erforderlich Gymnasien barrierefrei zu gestalten, damit für Betroffene auch tatsächlich Wahlmöglichkeiten bestünden.

Herr Kolain wies darauf hin, dass es bei dem Aktionsplan darum gehe die UN-Behindertenrechtskonvention umzusetzen. Es sei nicht Aufgabe des Aktionsplanes die geltende Rechtslage wiederzugeben. Außerdem handele es sich zunächst um den ersten Schritt. Zukünftige Aktionspläne würden sicher größer und vollständiger werden.

Frau Frey erklärte, dass viele Schulen nicht barrierefrei wären und somit die Bedingungen nicht allen Schulen gleich sind.

Herr Dawo wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass Besuche von Regelschulen soweit möglich auch ermöglicht würden. Aber auch weiterhin hätten Förderschulen ihre Berechtigung und auch Zulauf.

Auch Frau Burgdörfer wies darauf hin, dass es unterschiedliche Belange gäbe und alle diese Belange Berücksichtigung finden müssten. Der Aktionsplan sei ein guter Schritt auf diesem Weg.

Herr Kolain ergänzte, dass gerade die erforderliche Angebotsvielfalt das Ziel sei. Diese sei für die Betroffenen wichtig um selbstbestimmte Entscheidungen treffen zu können.

Der Beauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderungen, Herr Leidner, wies auf den Mehrwert auch für andere Personengruppen, zum Beispiel ältere Menschen, hin.

Der Sozialausschuss stimmte der Sitzungsvorlage daraufhin einstimmig zu.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Aufsuchende Sozialarbeit für Wohnungslose Menschen; Sachstand

Der Vorsitzende leitete in das Thema ein. Er wies darauf hin, dass die Übernahme der sozialpädagogischen Betreuung der Obdachlosenunterkunft durch die Caritas, Anlass war das Thema im Sozialausschuss zu besprechen.

Herr Scherer stellte die Zahlen der aktuellen Statistik zur Wohnungslosigkeit in Landau dar und ging kurz auf die Ursachen zur Entstehung von Wohnungslosigkeit ein. Er erklärte, dass derzeit 19 Personen offiziell als wohnungslos gelten. Diese sind alle in der Obdachlosenunterkunft am Prießnitzweg untergebracht.

Frau Traunmüller erklärte, dass ihrer Einschätzung nach die Anzahl an wohnungslosen Menschen weit über der offiziellen Zahl liegen würde. Sie gehe von ca. 70 Betroffenen aus.

Sie führte weiterhin aus, dass die Caritas voraussichtlich zum 1. Februar 2020 die Betreuung der Obdachlosenunterkunft übernehmen werde. Aber auch bisher sei bereit sein Mitarbeiter ehrenamtlich dort aktiv gewesen. Dieser habe zunächst versucht eine Beziehung zu den Bewohnern aufzubauen, was auch bereits gelungen wäre. Dies sei ein wesentlicher Baustein dieser Arbeit. Im Weiteren sind dann die Bedarfe der Betroffenen zu ermitteln und diese an die zuständigen Stellen weiterzuleiten. Erst danach könne man daran gehen die Betroffenen fit fürs Wohnen zu machen. Es sei auch wichtig eine Alltagsstruktur für die Bewohner der Unterkunft zu schaffen. Sie machte deutlich, dass dies jedoch ein sehr langer Weg sei und kleine Schritte bereits große Erfolge wären.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Sozialpädagogische Betreuung der Asylbewerberinnen und Asylbewerber; Sachstand

Der Vorsitzende wies darauf hin, dass es wegen des Ausscheidens einer Mitarbeiterin und der längerfristigen Erkrankung einer weiteren Mitarbeiterin erforderlich geworden sei, Neueinstellungen vorzunehmen.

Frau Peter nutzte die Gelegenheit sich vor dem Sozialausschuss vorzustellen.

Frau Saßnowski erkundigte sich, ob alle Asylbewerber durch die beiden neuen Mitarbeiter betreut werden würden.

Der Vorsitzende stellte klar, dass sowohl die Asylbewerber, als auch ehemalige Asylbewerber und Geduldete betreut werden könnten. Auch wenn dies bei den ehemaligen Asylbewerbern rein rechtlich nicht Aufgabe der Stadt sei, werde niemand von der Betreuung ausgeschlossen. Es könnten mit dem vorhandenen Personal natürlich nicht alle Personen persönlich und umfassend betreut werden.



## **Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)**

Bericht zur sozialen Lage in der Stadt Landau in der Pfalz; Sachstand

Herr Scherer gab einen kurzen Sachstandsbericht zum Thema Soziale Stadt bzw. Sozialbericht. Er wies darauf hin, dass eine Firma mit der Erstellung des Berichtes beauftragt wurde und die Datenerfassung derzeit laufe. Die erforderlichen Daten der Arbeitsverwaltung könnten allerdings erstmals im 1. Quartal des Jahres 2020 erhoben werden, weshalb der Bericht erst im Anschluss daran fertiggestellt werden könne.



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)**

Verschiedenes

Herr Dawo nutze die Gelegenheit um darauf hinzuweisen, dass das Ehrenamtstheater gut angenommen wurde. Er bat darum den Mitgliedern die Sitzungstermine des Sozialausschusses im neuen Jahr mitzuteilen.



Vorsitzender

Dr. Maximilian Ingenthron

Schriftführer